

Protokoll

Sitzung Nr. 2
 Datum **Mittwoch, 25. März 2015**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 21.10 Uhr

Vorsitz	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
1. Vizepräsidentin	Bähler Peter	SVP 1
StimmenzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Tschumi Samuel	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Fust Michael Gerber Rudolf Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 7
	Baumann Hans Peter Bucheli Marco Burren Markus Guggisberg Roland Kobel Matthias Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne	SVP 7
	Hadorn Karin Hadorn Markus Köchli Martin Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 4
	Bacher Markus George Ralph Heimann Patrick Magnani Patric Remund Marcel Thomann Lemann Johanna	FDP 6
	Ackermann Thomas Mellert Denise	CVP 2
	Stucki Roland	EVP 1
	Kofel Peter Lastric Dubravka Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 4

	Oesch Toni	FdU 1
		<u>36</u>
Abwesend	Aebi-Lehmann Elisabeth, Bolliger Stephan Jenni Jürg Zingg-Kambli Annemarie	SVP 2 GFL 1 EVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Traber Peter Westphale Edi	
Beigezogen	Zu Geschäft 2: Beat Baumann, Bauverwalter, Marco Rupp, ecoptima Zu Geschäft 6: Sandra Burkhalter, Leiterin Bildung, Daniel Petrig, Schulleiter Primarschule	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	4	

Geschäfte

11	Pro Protokoll	35
	Protokoll vom 28. Januar 2015.....	35
12	32.10.1 Ortsplanungsrevision	35
	Ortsplanungsrevision, Räumliches Entwicklungskonzept REK; Kenntnisnahme	35
13	1.201.22 Sicherheitskommission	45
	Sicherheitskommisison; Ersatzwahl	45
14	1.201.1 Kommission Bau und Umwelt	45
	Kommission Bau und Umwelt, Ersatzwahl	45
15	25.321. Verpflichtungskredite	46
	Sanierung Parkstrasse; Abrechnung Verpflichtungskredit	46
16	25.321. Verpflichtungskredite	47
	Ersatz Informatikausrüstung für die Primarstufe; Verpflichtungskredit	47
17	1.92.2 Postulate	49
	Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Gewährleistung der Schulwegsicherheit"; Erheblicherklärung	49
18	1.92.3 Interpellationen	50
	Interpellation Roland Stucki betreffend "Quellfassung & Errichtung Brunnen für die Öffentlichkeit zwischen Restaurant Reichenbach und Pfadiheim"; Antwort	50
19	1.92.3 Interpellationen	51

	Interpellation Marcel Remund betreffend "Gesundheitszustand der Pensionskasse der Gemeinde Zollikofen (PKZ)"; Antwort	51
20	1.92. Parlamentarische Vorstösse	52
	Parlamentarische Vorstösse	52

GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsidentin: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur März-Sitzung des Grossen Gemeinderates.

Zum Geschäft Nummer 12, Ortsplanungsrevision, haben wir heute Bauverwalter Beat Baumann und Marco Rupp, Vertreter der ecoptima zugezogen. Er ist im Übrigen per 1. April Gemeindepräsident von Ittigen. Herzliche Gratulation zur Wahl. Zu Geschäft 16 ist Daniel Petrig da, er ist Schulleiter der Primarschule.

Entschuldigt haben sich vom GGR: Annemarie Zingg, Jürg Jenni, Stephan Bolliger und Elisabeth Aebi. Auf dem Tisch liegt die Taschenstatistik des Bundes, eine mögliche Ferienlektüre.

Wie sie vielleicht bereits bemerkt haben, befinden wir uns (*Anmerkung der Protokollführerin: die Präsidentin spricht von der Bühne auf der Präsidium, Vizepräsidium, Gemeindeschreiber und Protokollführerin sitzen*) in einem Wohnzimmer. Wir haben ein schönes Sofa und wollten eigentlich darauf sitzen, von dort aus sieht man aber nicht mehr über den Tisch zu Ihnen. Spass beiseite: Das sind die Requisiten des Schultheaters der Abschlussklasse 9. Sek. Das Theater heisst "Sterben ist tödlich", nächsten Montag und Dienstag sind die Vorführungen, ich kann es nur empfehlen.

Die Februar-Sitzung wurde *aus Mangel an Traktanden* abgesagt. Für die April-Sitzung gibt es im Moment zwei Traktanden. Hätten Sie nun lieber im April eine kurze Sitzung und dafür im Mai eine nicht allzu überladene Sitzung, obwohl wir Jahresbericht und Rechnung behandeln oder lieber im April keine Sitzung und dafür im Mai eine längere? Ich möchte eine Konsultativabstimmung machen. Wer ist für die zwei kürzeren Sitzungen?

Abstimmung

Die Mehrheit stimmt dagegen. Die April-Sitzung wird gestrichen, die nächste Sitzung findet im Mai statt.

Präsidentin: Ich stelle fest, dass 36 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen der GPK

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen der GPK?

GPK: Keine Bemerkungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Ich orientiere zuerst über drei Angelegenheiten aus der Regionalkonferenz Bern-Mittelland und anschliessend zum Landgeschäft der Überbauung Schäferei.

Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Erstens: Am vergangenen Freitag hat die Regionalversammlung den Kulturverträgen 2016 bis 2019 mit grossem Mehr zugestimmt. Damit wurde eine weitere wichtige Hürde in der Abfolge der Beschlüsse von Kanton, Standortgemeinden und Regionsgemeinden genommen.

In dieser neuen Subventionsperiode werden insgesamt 13 Kulturinstitutionen in der Stadt Bern und einzelnen Regionsgemeinden durch die Regionalkonferenz mit jährlich gut Fr. 6 Mio. unterstützt. Die Gemeinde Zollikofen leistet jährlich einen Beitrag von rund Fr. 263'000.00 daran. Die grossmehrheitliche Zustimmung an der Regionalversammlung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass im Vorfeld der Finanzierungsschlüssel nochmals angepasst und verfeinert wurde. Diesem Schlüssel hat die Gemeinde Zollikofen ebenfalls zugestimmt.

Zweitens: Die Kommission Raumplanung der RKBM hat den regionalen Richtplan "Abbau, Deponie, Transport" ADT zur Mitwirkung freigegeben. Darin plant die RKBM für die Region die langfristige Sicherstellung der Ver- und Entsorgung mit Steinen und Erde. Im Richtplan werden die allgemeine Strategie sowie die benötigten Standorte festgelegt. Zollikofen ist davon nicht direkt betroffen.

Die Mitwirkung dauert bis zum 29. Mai 2015. Am 1. April 2015 findet um 18.30 Uhr ein öffentlicher Informationsanlass in der Kaserne Bern, Papiermühlestrasse 15, statt. Sämtliche Mitwirkungsunterlagen sind auf der Webseite der RKBM abrufbar: www.bernmittelland.ch. Das ist eine wichtige Adresse für alle Infos aus der Regionalkonferenz.

Drittens: Vom 20. April bis 10. Juli 2015 findet die Mitwirkung zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK Bern-Mittelland, 2. Generation statt. Der Auftrag bestand primär in einer Aktualisierung und der Aufarbeitung von Pendenzen sowie der Behebung von Schwachstellen des ersten RGSKs. Zudem soll die Koordination mit den veränderten übergeordneten Rahmenbedingungen, das heisst, RPG-Revision, Kantonaler Richtplan, Änderungen Kantonaes Baugesetz, stattfinden.

Zum Start der Mitwirkung werden mehrere öffentliche Informationsveranstaltungen an dezentralen Standorten innerhalb des Verwaltungskreises Bern-Mittelland stattfinden. Auch hier werden alle Informationen auf der Webseite der RKBM abrufbar sein.

Überbauung Schäferei; Landgeschäft

Am 8. März 2015 wurde die Vorlage betreffend Landverkauf Schäferei mit 1444 Ja- und 1493 Nein-Stimmen mit 50,8 % abgelehnt. Der Gemeinderat hat zwischenzeitlich die Analyse des Abstimmungsergebnisses vorgenommen und das weitere Vorgehen in diesem Geschäft festgelegt.

Bei der Analyse des Abstimmungsergebnisses zieht der Gemeinderat folgendes Fazit: Im Vorfeld zur Abstimmung sind keine grundsätzlichen Verlautbarungen gegen ein Einbringen des gemeindeeigenen Landes in die Überbauung Schäferei zu vernehmen gewesen. Umstritten war und bleibt die Frage, in welcher Form (also die Art und Weise) die Gemeinde ihr eigenes Land einbringen soll.

Deshalb wird der Gemeinderat in den nächsten Wochen detaillierte Abklärungen bezüglich Abgabe des Landes im Baurecht vornehmen. Dazu sind Gespräche mit den Investoren wie auch rechtliche Abklärungen nötig. Insbesondere im Bausektor B würde die Abgabe im Baurecht spezielle Herausforderungen mit sich bringen.

Parallel dazu wird mit dem Referendumskomitee nochmals das Gespräch aufgenommen, um ihnen die rechtliche Situation zu erläutern, welche mit dem vorliegenden Abstimmungsergebnis eingetreten ist. Ebenfalls wird über das weitere Vorgehen sowohl bei den gutgeheissenen Überbauungsvorschriften als auch beim Landgeschäft informiert.

Der Zeitplan sieht zurzeit vor, dass wir die Vorlage zum Landgeschäft im September im Grossen Gemeinderat behandeln und an die Urnenabstimmung vom November dieses Jahres bringen.

Präsidentin: Weitere Voten des Gemeinderates? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Ihnen zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

11 Pro Protokoll

Protokoll vom 28. Januar 2015

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Auf Seite 25, bei meinem Statement steht "Die Rush-Hour ist zwischen 18.30 Uhr und 20.30 Uhr...". Damit meinte ich dass die Rush-Hour zwischen "06.30 Uhr und 08.30 Uhr" morgens ist.

Rudolf Gerber, SP: Ich hätte einen Abänderungsantrag auf Seite 12, mein Votum, dritter Abschnitt. Bitte die ersten zwei Sätze streichen und folgendermassen ersetzen: "Die SP wünscht, dass der Bus nicht nur bei der Einfahrt zur Busstation Unterzollikofen sondern während der Bauphase auch bei der Ausfahrt Vortritt hat." Dann ist es klarer.

Präsidentin: Gibt es weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 28. Januar 2015 als genehmigt.**

12 32.10.1 Ortsplanungsrevision

Ortsplanungsrevision, Räumliches Entwicklungskonzept REK; Kenntnisnahme

Präsidentin: Wir haben Ihnen das Vorgehen per E-Mail bekanntgegeben. Das Eintreten ist vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Patricia Zangger, GPK: Auf Seite 2 des Bericht und Antrags unter Punkt 6 "Finanzielle Auswirkungen" sollte 25. Juni 2014 stehen anstelle von 25. Juni 2015. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für das gut aufgegleiste Geschäft, welches wir als sehr gut nachvollziehbar erachten.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Daniel Bichsel, Gemeinderat: Der Hinweis der GPK ist richtig, das ist ein Verschieb. Der Gemeinderat unterbreitet Ihnen heute Abend den Entwurf des räumlichen Entwicklungskonzeptes, abgekürzt REK, zur Kenntnisnahme. Wir haben anlässlich der Informationsveranstaltung vom 4. März 2015 ausführlich über die Inhalte und Stossrichtungen informiert, weshalb wir heute darauf verzichten werden. An diesem Anlass haben rund 90 Personen teilgenommen, davon zehn Mitglieder aus dem Grossen Gemeinderat.

Dieses 100-seitige Konzept ist das Ergebnis aus einer intensiven Phase des vergangenen halben Jahres und stellt schliesslich den Abschluss der konzeptionellen Planung unserer Ortsplanungsrevision dar. Die Ortsplanungsrevision ist nötig, weil die heute gültigen Planungsinstrumente aus dem Jahr 1994 stammen und seither verschiedenen Teilrevisionen unterzogen wurden. Zudem ist die Gesamtrevision heute auch im Hinblick auf die geänderten übergeordneten Rahmenbedingungen von Bund und Kanton unumgänglich. In dieser Gesamtrevision werden auch die neuen Instrumente, wie der Richtplan "Landschaft und Richtplan Energie", erarbeitet und mit den übrigen Planungen abgestimmt.

Das REK dient als Grundlage für die anschliessende Richt- und Nutzungsplanung. Im REK werden die gemeindeeigenen Rahmenbedingungen sowie die künftigen räumlichen und thematischen Entwicklungsschwerpunkte definiert. Der Planungszeithorizont beim REK und bei der Richtplanung beträgt rund 25 Jahre.

Die Erarbeitung des REK ist unter Einbezug einer eigens eingesetzten Begleitgruppe und der Bevölkerung anlässlich einer Werkstattveranstaltung erfolgt. In die Begleitgruppe waren alle in Zollikofen vertretenen Parteien eingeladen sowie Branchenorganisationen für Gewerbe, Landwirtschaft und Verkehr. Das Planungsteam hat seine Erkenntnisse und eigenen Vorschläge mit den Rückmeldungen aus Werkstattveranstaltung und Begleitgruppe ergänzt und den Behörden den Entwurf zugestellt.

Der Gemeinderat hat schliesslich in einer gemeinsamen Sitzung mit der Planungskommission das Dokument intensiv durchberaten und zur Mitwirkung freigegeben. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Zollikofen sind eingeladen, sich im Rahmen des laufenden Mitwirkungsverfahrens bis zum 1. April 2015 zu den vorliegenden Entwürfen zu äussern. Dazu wurde allen Haushalten von Zollikofen ein informativer Flyer zugestellt.

Die Gemeinde Zollikofen übernimmt in der Kernagglomeration Bern eine wichtige Rolle als Wohngemeinde und zunehmend stärker auch als Arbeitsplatzstandort. Bis ins Jahr 2040 wird in Anlehnung an die regionalen und kantonalen Ziele ein moderates Bevölkerungswachstum von rund 8 % angestrebt. Dieses Wachstum soll durch eine ausgewogene Verdichtung und durch Umstrukturierungen sowie durch punktuelle Siedlungserweiterungen erreicht werden.

Noch ein Wort zu den kantonalen Zielen. Diese sind im Entwurf zum kantonalen Richtplan 2030 festgehalten. Wie sie den Medien entnehmen konnten, haben sich hier bei der Vorprüfung durch den Bund Differenzen zum Kanton Bern ergeben. Diese Differenzen bestehen insbesondere in Bezug auf die Annahmen zum künftigen Baulandbedarf. Auch wenn die Bereinigung dieser Differenzen mit Hochdruck angegangen wird, führt dies zu Verzögerungen bei der Genehmigung des Richtplanes. Bis zum Vorliegen des genehmigten Richtplanes gilt das sogenannte Einzonungsmoratorium bzw. der Grundsatz "Einzonung = Auszonung". Im Moment können seitens des Kantons keine Aussagen zum weiteren Terminplan gemacht werden. Dies hindert uns jedoch nicht daran, die anstehenden Arbeiten unserer Ortsplanungsrevision weiterzuführen – im Sinne von ohnehin zu erledigenden Hausaufgaben. Wir werden die Weiterbearbeitung des kantonalen Richtplanes 2030 eng verfolgen und die nötige Koordination sofort vornehmen, sobald verlässliche Unterlagen vorliegen.

Für die Fertigstellung des REK werden im April die Mitwirkungseingaben zusammen gestellt und gewürdigt. Gegebenenfalls werden Anpassungen vorgenommen. Ziel ist es, mehrheitsfähige Lösungen aufzuzeigen. Das REK soll im Juni definitiv durch den Gemeinderat genehmigt werden. Anschliessend wird umgehend die Erarbeitung der Richt- und Nutzungsplanung an die Hand genommen. Für diese Planungen wird gegen Ende Jahr eine erneute öffentliche Mitwirkung durchgeführt. Hier wird der Grosse Gemeinderat wieder vom Stand der Arbeiten Kenntnis nehmen können.

Es ist vorgesehen, dass die Beschlussfassung über die Nutzungsplanung durch den Grossen Gemeinderat im letzten Quartal 2016 stattfindet. Die Beschlussfassung über die Richtplanung liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Dieser ist überzeugt, dass mit dem vorliegenden Entwurf des räumlichen Entwicklungskonzeptes ein wichtiger Grundstein für die angestrebte Entwicklung gelegt wird.

Wir sind nun gespannt, wie die ersten Rückmeldungen aus der Politik zur Zukunft unserer Gemeinde lauten. Im Namen des Gemeinderates danke ich euch für die Kenntnisnahme dieses Berichtes.

Präsidentin: Nun sind die Fraktionen an der Reihe.

Rudolf Gerber, SP: Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und den beigezogenen Planungsbüros für die umfangreichen Unterlagen. Wir schätzen die vom Gemeinderat eingeleitete Öffentlichkeitsarbeit. In diesem für Zollikofen wichtigen Geschäft ist eine breite Beteiligung der Bevölkerung anzustreben.

Zuerst ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Das vorliegende Entwicklungskonzept REK ist umfassend und behandelt alle wichtigen Bereiche wie Siedlungsentwicklung, Landschaft, Verkehr und Energie. Die Entwicklung in der Gemeinde Zollikofen in den letzten Jahren und Jahrzehnten wird anschaulich aufgezeigt. Wo Handlungsbedarf besteht, wird dieser begründet. Die aus der Entwicklung abgeleiteten Konzeptinhalte sind nachvollziehbar und werden von der SP unter Vorbehalt der nachstehenden Bemerkungen weitgehend mitgetragen. Von den Kapiteln "A. Einleitung" und "B Gemeindeentwicklung der letzten Jahre" haben wir Kenntnis genommen und verdanken die interessanten Ausführungen; in unseren Bemerkungen konzentrieren wir uns auf die zur Diskussion stehenden Konzeptinhalte des REK-Berichts ab Seite 45.

Die SP unterstützt grundsätzlich die vom Gemeinderat vorgeschlagene Stossrichtung der Siedlungsentwicklung und im Bereich "Arbeiten". Das für Zollikofen vorgesehene massvolle Wachstum, wir plädieren für rund 6 bis 8 %, im Hinblick auf das bereits vorhandene öffentliche gute Verkehrsangebot, erscheinen uns die bestehende Infrastruktur im Schulbereich sowie das Angebot an Dienstleistungen richtig. Es ist dort zu wachsen, zu verdichten und allenfalls neu zu bauen, wo die erforderliche Infrastruktur vorhanden ist und dank einer besseren Nutzung auch eine nachhaltige Wirkung erzielt werden kann.

Ich komme zu den einzelnen Konzeptinhalten; zum Konzept "Siedlung" vier Bemerkungen:

Die SP wendet sich gegen den Einbezug der Steinibachmatte in die Planperiode bis 2040. Obwohl gut erschlossen und zweifelsohne ein interessantes Objekt ist die Steinibachmatte künftigen Generationen vorzubehalten. Auch aus politischen Erwägungen sprechen wir uns für ein Zuwarten aus, dies soll zu einem späteren Zeitpunkt passieren. Der Miteinbezug der Steinibachmatte als höchst umstrittenes Einzonungsgebiet dürfte die Ortsplanungsrevision politisch gefährden.

Hinsichtlich des Buschiareals bestehen Vorbehalte. Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist nicht gut; auch ist die Anbindung an die Einkaufsmöglichkeiten schlecht. Eine klare landschaftliche Abgrenzung zu Bremgarten ginge damit vollständig verloren.

Ich möchte auf dasselbe eingehen, worauf der Gemeindepräsident in seinem Votum eingegangen ist. Die SP hat sich stets für die Abgabe des gemeindeeigenen Baulands im Baurecht eingesetzt. Wir verweisen auf unsere Intervention im GGR anlässlich der Debatte über die Überbauung "Schäferei". Das Abstimmungsergebnis vom 8. März 2015 hat uns darin bestärkt. Der Gemeinderat ist angehalten, im Lichte dieses Votums der Zollikoferinnen und Zollikofer seine Wohnbaupolitik grundsätzlich zu überprüfen. Dies sollte unbedingt auch Eingang ins vorliegende Räumliche Entwicklungskonzept finden.

Problematisch finden wir die Berechnung des Baulandbedarfes: Mit den vorgeschlagenen Kennwerten werden 40 Prozent der künftigen Wohnungen einzig für zusätzliche Wohnflächen pro Einwohner bereitgestellt. Dies ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar. Wir beantragen, diesen Wert nochmals zu überprüfen.

Zum Konzept "Landschaft" kann ich mich kurz halten: Die SP unterstützt die vorgeschlagenen Massnahmen. Am Konzept des "grünen Bandes" ist festzuhalten, Ökologie und Biodiversität sind zu fördern.

Zum Konzept "Verkehr": Dieser Teil im Bericht überzeugt am wenigsten. Gemäss Prognosen des Bundes dürfte der Verkehr bis 2040 weiterhin, insbesondere der Öffentliche Verkehr, massiv zunehmen. Sowohl der Individualverkehr wie auch der öffentliche Verkehr stehen vor grossen Herausforderungen. Es enttäuscht deshalb, dass der Gemeinderat sich in diesem Kapitel auf einzelne kleinere Massnahmen beschränkt und insbesondere bereit ist, die heutige Situation auf der Bernstrasse mehr oder weniger für die nächsten Jahrzehnte zu belassen. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass Zollikofen nicht unabhängig von Kanton und umliegenden Gemeinden Massnahmen ergreifen kann. Die SP Zollikofen wünscht sich hier mehr Engagement und Visionen seitens des Gemeinderates. Wir schlagen vor, dass für die Bernstrasse gemeinsam mit dem Kanton kompetente Verkehrsplanungsbüros zu einem Ideenwettbewerb eingeladen werden, um nach innovativen und kreativen Visionen zu suchen. Hinweise haben wir in unserer Stellungnahme gegeben.

Schleichverkehr: Das Planungsbüro Ecoptima hält fest, dass "bei einer regionalen Betrachtung auffallend ist, dass ausser in Zollikofen auf den untergeordneten Nord-Süd-Achsen Teilfahrverbote signalisiert sind", dies steht auf Seite 26 des Berichtes. Wir fordern vom Gemeinderat, dass Zollikofen wie andere Regionsgemeinden hier aktiv wird. In der Achse Wahlackerstrasse/Schulhausstrasse, Landgarbenstrasse und Alpenstrasse sind Massnahmen zu ergreifen um den bereits heute starken Verkehr, nämlich die Belastung der Schulhäuser und beim Wohnen, einzudämmen und den Arbeits- und Transitverkehr über die bestehenden Hauptachsen abzuwickeln.

Fuss- und Veloverkehr: Die Situation am Aegelseeweg ist vorab für Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Gleichzeitig ist dafür zu sorgen, dass das bestehende Fahrverbot für den Durchgangsverkehr strikte eingehalten wird. Massnahmen zugunsten von Velofahrenden und zu Fuss Gehenden dürfen keinesfalls zu einer Zunahme des Durchgangsverkehrs führen.

Ebenfalls plädieren wir für Massnahmen zugunsten der Velofahrenden auf der Kirchlindachstrasse, auf der Länggassstrasse und teilweise auf der Bernstrasse. Hier herrschen teilweise unzumutbare Verhältnisse.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Konzept "Energie": Im Bericht wird auf den überproportionalen Wärmebedarf von Wohnbauten der Bauperiode zwischen 1946 und 1980 hingewiesen. Leider fehlen im Energiekonzept Massnahmen, wie dieses beachtliche Potenzial an Energieeinsparung durch Gebäudesanierungen wirkungsvoll ausgeschöpft werden könnten. Dies muss unseres Erachtens bei der Überarbeitung des Konzepts aufgenommen werden.

Ausdrücklich unterstützen wir die Absicht, in Neubaugebieten erhöhte Anforderungen an die Energieeffizienz zu stellen.

In diesem Sinne nimmt die SP das vorliegende REK zur Kenntnis. Die SP wünscht dem Projekt Ortsplanungsrevision weiterhin viel Erfolg. Wir werden uns auch in Zukunft an den weiteren Arbeiten beteiligen.

Markus Bacher, FDP: Ortsplanungsrevision: Ein Umfeld für Anregungen, Wünsche, Träume, vielleicht auch Utopien. Aber in Zollikofen haben wir nicht "Utopia". Wir sind in der Wirklichkeit und wir möchten unsere Zukunft realistisch planen. Aus Sicht der FDP ist dies mit dem vorliegenden Bericht im Grossen und Ganzen gut gelungen. Es ist eine realistische Annahme, wenn wir in den nächsten Jahren den kommenden Generationen einen Grundstein für das Leben, Wohnen und Sein in Zollikofen legen. Es ist auch gut, gewisse Themen nicht anzupacken, das sollen die nächsten Generationen tun. Denn, was wissen wir schon, welche Bedürfnisse in zwanzig Jahren vorhanden sind. Aus unserer Sicht braucht Zollikofen ein stabiles Wachstum im Sinne von "Wohnen und Arbeiten". In diesem Sinne auch ein stabiles Wachstum im Steuersubstrat. Das Geld fällt nicht alleine zu Boden und ob das Baurecht al-

lein die nötigen finanziellen Mittel gibt, um das Ganze zu finanzieren in den kommenden Jahren, ist vielleicht eine Utopie.

Zollikofen, Wohn- und Arbeitsort: Uns ist wichtig, dass man wohnen und arbeiten kann in Zollikofen. So begrüssen wir auch, dass das Webergut in eine Mischzone kommt. Denn Zollikofen als Dienstleistungsort ist im Moment in dieser Form nicht gefragt. Seit Jahren ist das Webergut geleert, visavis vom Toptipp ist fast alles leergeräumt und es war nur ein knapper Verwaltungsratsentscheid der Schweizerischen Post, dass nicht auch noch das Webergut 12 geleert wurde. Darum ist es gut, dass dort ein Umdenken stattfindet. Wir sind auch der Meinung, dass Themen wie sozialer Wohnungsbau nicht hierher gehören. Wir werden dies nicht unterstützen. Da soll der Markt spielen. Wir wollen nicht, dass die Gemeinde anfängt, den Markt einzuschränken. Das bringt uns auch zu einem anderen wichtigen Anliegen. Wir bieten nicht Hand, Kompromisse in Sachen Verordnungen, zusätzliche Vorschriften, Anforderungen einzugehen. Es gibt genug Sachen, die auf Stufe Bund und Kanton geregelt sind, sei es im Bereich Energie, Strassenverkehr, Individualverkehr, Öffentlicher Verkehr. Hier werden wir nicht Hand bieten. Wir werden aber das Konzept unterstützen, wir werden mitgestalten, mit-helfen und selbstverständlich wünschen wir dem Projekt "Gutes Gelingen".

Martin Köchli, BDP: Der Gemeinderat hat die hohe Bedeutung der Ortsplanungsrevision für die Gemeinde und die zukünftigen Generationen erkannt. Sein gewähltes Vorgehen und die Öffentlichkeitsarbeit mit engem Einbezug von Bevölkerung und Politik erachten wir als beispielhaft. Heute nehmen wir im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung Kenntnis des Entwicklungskonzeptes REK und wir danken im Namen der Fraktion dem Planungsteam, dem Ausschuss und der Begleitgruppe für die geleistete Arbeit und gratulieren für die hohe Qualität des Berichtes, welcher uns im Entwurf vorliegt.

Der Bericht enthält eine sehr gute und wertvolle Übersicht über die Ist-Situation im Bereich Siedlung, Landschaft, Verkehr und Energie. Wenn die Richtplanung, wie wir gehört haben, für 20 bis 30 Jahre ausgelegt ist, wird das Konzept auch auf diesen Zeithorizont fokussiert sein. Das Konzept spricht zwar von einem Zukunftsbild 2040 im Bereich Siedlung, aber wie die Gemeinde zu diesem Zeitpunkt in allen Bereichen aussehen könnte, dafür fehlt uns die visionäre Sicht. Für die BDP-Fraktion stimmt jedoch die Stossrichtung des REK in grossen Teilen. Es zeigt die Entwicklungsmöglichkeiten gut auf und auch, wie die heutigen Stärken der Gemeinde wie Wohnraum, Arbeitsort, ÖV und Einkaufsmöglichkeiten ausgebaut werden können. Ebenso zeigt es die Chancen, wie zum Beispiel im Fuss- und Veloverkehr Energie und bestehende Bausubstanz genutzt werden können. Entsprechend unterstützen wir auch die Entwicklungsziele mit den angestrebten 8 % Wachstum bis 2040.

Die Entwicklungsvorstellungen im Bereich Ortsbau und Verkehr erachten wir in grossen Teilen als falsch. Der öffentliche Raum, das Ortsbild und der Verkehr werden sehr stark negativ geprägt durch die Bernstrasse. Die Entwicklungsabsichten beschränken sich zu stark nur auf die Zentrumsbereiche und es werden auch nur Entwicklungsmöglichkeiten gezeigt, wie die Bernstrasse ortsbaulich aufgewertet werden kann und die Nutzungsverdichtung entlang dieser Achse, insbesondere zwischen Unterzollikofen und Bahnhof Zollikofen kann fortgesetzt werden.

Es zeigt nicht auf, wie Zollikofen sich von einer Gemeinde entlang einer überlasteten Hauptstrasse zu einer Gemeinde mit einem Dorfkern entwickeln kann. Wenn schon dieser Fokus, so könnte doch auch eine Absicht der Variante 2040 sein, dass das Herzstück Zollikofens zwischen diesen Kreiseln als Fussgängerzone, Zubringerdienst und ÖV ausgestaltet werden könnte.

Das Prinzip der Koexistenz ist auf der Bernstrasse gescheitert, mindestens wenn man dies nicht als gegenseitiges Behindern versteht. Der motorisierte, individuelle Durchgangsverkehr behindert den ÖV und umgekehrt behindern die Haltestellen des ÖV und die Lichtsignale den Individualverkehr und die Fussgänger beim Queren der Strasse.

Ich weiss nicht, wie man in diesem Zusammenhang von weniger Verkehr, weniger Stau und mehr Ruhe, wie es im Bericht ausgeführt ist, reden kann. Die Bevölkerungsbefragung zeigt definitiv, dass zumindest in diesem Bereich die Wahrnehmung eine andere ist. Das Problem kann die Gemeinde nicht autonom lösen. Das REK nimmt Bezug auf Massnahmen im Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern-Mittelland und die Massnahmen im Verkehrsmanagement Bern Nord reichen zu wenig weit. Das Konzept muss mit dem Kanton und anderen Gemeinden klare, viel weitergehende gemeinsame Absichten definieren.

Auch im Bereich Energie müssen weitergehende Konzeptinhalte zur Effizienzsteigerung geliefert werden. Alle Gebäude, die vor 2005 gebaut wurden, würden einen um 50 bis 55 % tieferen Wärmebedarf ausweisen, wenn sie nach den neuen Vorschriften des Kantons gebaut worden wären. Vor diesem Hintergrund sind aus unserer Sicht gesamtschweizerisch die kantonalen Förderungsprogramme alleine nicht genügend und es müssten auch auf der kommunalen Ebene weitere Energieeffizienz-Massnahmen getroffen werden.

Mindestens im Bereich "Aufklärung und Beratung" sollte die Gemeinde den Hausbesitzern stark zur Seite stehen. Es darf nicht sein, dass ein Vermieter energetische Sanierungen unterlässt und den überhöhten Wärmebedarf dem Mieter auf die Nebenkosten überträgt.

Bei den anderen Bereichen unterstützen wir die Absicht im REK. Damit kann ich zusammenfassen, dass im Bereich Ortsbau, motorisierter Individualverkehr und Energie aus Sicht der BDP-Fraktion der grösste Handlungsbedarf für eine auch visionäre Anpassung des REK besteht. Ich danke den Verantwortlichen schon heute für die Weiterbearbeitung und Berücksichtigung unserer Eingaben und wir sind gespannt, wie dies umgesetzt wird.

Marceline Stettler, GFL: Sehr informativ vermittelt die gründlich recherchierte Übersicht über Ausgangslage, Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Dies unser Gesamteindruck zu den REK-Unterlagen. Wir anerkennen und verdanken die grosse Arbeit und nehmen Kenntnis von Bericht und Antrag. Ich beschränke mich hier auf wesentliche Punkte aus der schriftlichen GFL-Stellungnahme.

Punkt 2. Bevölkerungswachstum: Aus unserer Sicht sollte nicht ein bestimmtes Wachstumsziel, von 8 % ist die Rede, zentraler Ausgangspunkt für die zukünftige Planung sein, sondern die Frage, wie viel und welche Art von Wachstum es auf dem kleinen Gemeindegebiet noch verträgt. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass möglichst kein Kulturland mehr verbraucht und auch keine ökologisch wertvollen Flächen überbaut werden sollen. Das oberste Gebot heisst deshalb innere Verdichtung. Es ist uns jedoch klar, dass es auch künftig ein gewisses Bevölkerungswachstum geben wird und das der nötige Wohnraum besser in zentrumsnahen Gemeinden als in peripheren Gebieten bereitgestellt werden muss. Aber nichtsdestotrotz: zuerst die innere Verdichtung.

Nicht einverstanden sind wir mit einem Wachstumsziel von 8 %, wenn dieses, wie im REK angenommen, mit einem grösseren Flächenverbrauch pro Kopf und pro Wohnung gekoppelt ist. Der berechnete Flächenbedarf beruht auf Annahmen und mit Annahmen sollten wir vorsichtig sein. Eine Abnahme der Belegungsdichte in Wohnungen und eine weitere Zunahme des Flächenbedarfs pro Wohnung sind nicht mit einer wirklich nachhaltigen Entwicklung vereinbar. Deshalb sollte allfälligen Tendenzen in diese Richtung entgegengewirkt und nicht noch durch die Planung Vorschub geleistet werden. Bei gleichbleibender Belegungsdichte pro Wohnung und Wohnfläche pro Person reduziert sich der theoretische Baulandbedarf für neue Wohnungen auf 3,7 Hektaren. Dieser kann, wie im REK selber dargelegt, "durch bestehende Baulandreserven, v.a. Schäferei und Lättere, abgedeckt" werden.

3. Nutzungspotenziale/Flächen zur Erneuerung/Verdichtung: Die Stossrichtung ist gut. Wir erwarten ausserdem, dass bereits laufende Umstrukturierungen, wie z.B. Scherzinger- und Rothenbühler-Areal insbesondere bezüglich Ausnützung und Energieverbrauch überprüft und dies den im REK aufgezeigten Vorgaben angepasst wird.

Zu "Flächen als Siedlungserweiterungsgebiete": Gegen eine Einzonung des Buschi-Gebiets spricht die periphere Lage und die in den Abendstunden und an Sonntagen fehlende Erschliessung mit öffentlichem Verkehr. Kommt hinzu, dass Teile des Buschi in der Gefahrenkarte des Kantons eingetragen sind wegen Überschwemmungsgefahr. Die Steinibachgrube ist zwar weniger peripher gelegen und besser mit ÖV erschlossen. Doch müsste vor einer verdichteten Überbauung die Frage bezüglich Untergrund geklärt werden. Eine Einzonung der Steinibachmatte ist für uns im Moment klar kein Thema.

Eine Siedlungserweiterung fürs Arbeiten in der Meiele Ost kommt für uns nicht in Frage, solange die vorhandenen Arbeitszonen nicht besser ausgenutzt sind. Eine neue Gewerbezone im Gebiet Meiele Süd ist im Hinblick auf Naturgefahren zu überprüfen, es gab wiederholt Wasserschäden, zudem handelt es sich um eine Fruchtfolgefläche FFF.

4. Ortsbauliches Konzept/Entwicklungsvorstellungen im Bereich Ortsbau: Wir haben nichts gegen die Idee einer Passerelle im südlichen Bahnhof-Areal einzuwenden, aber dies ist nur lohnenswert in Verbindung mit dem vorgeschlagenen höheren Haus oder im Interesse der inneren Verdichtung sogar mit einem Hochhaus und einer konsequenten Aus- bzw. Umnutzung des Areals Meielen Nord. Besonders gut gefällt uns die Idee, den Bereich der Kreuzstrasse aufzuwerten und zu einer Spiel- und Begegnungszone umzugestalten, also nicht für Autos. Wir unterstützen auch eine gestalterische Aufwertung des lokalen Zentrumsbereichs Unterzollikofen samt angrenzendem Bärenareal und Grillhaus.

5. Landschaft/Entwicklungsvorstellungen in den Bereichen Landschaft und Ökologie: Wir freuen uns sehr, dass die Landschaft nicht mehr nur als Restfläche betrachtet und am Rande in die Siedlungsplanung einbezogen wird, sondern aktiv weiterentwickelt werden soll. Positiv ist unseres Erachtens auch, dass wertvolle Landschaftsräume mit festen Siedlungsbegrenzungslinien vor einer weiteren Ausdehnung der Siedlungsfläche gesichert werden.

Wir unterstützen die vorgesehenen Erhaltungs- und Aufwertungsvorschläge

- zur konsequenten Bekämpfung invasiver Neophyten,
- zur Pflege verschiedener Biotope und
- zur Entschärfung der jährlichen Amphibienwanderung über die Kirchlindachstrasse.

6. Verkehr/Entwicklungsvorstellungen im Bereich Motorisierter Individualverkehr: Wir begrüssen das Bekenntnis zur 3V-Strategie (Verkehr vermeiden, verlagern und verträglicher gestalten). Die Gemeinde Zollikofen sollte nicht länger auf einen Halbandschluss Grauholz setzen, der in den Plänen des Bundes in ferner Zukunft liegt.

Die Zubringerstrasse verdient den Namen Entlastungsstrasse nicht, weil aufgrund der Erfahrungen nicht mit einem nachhaltigen Rückgang des Verkehrs auf der Bernstrasse zu rechnen wäre. Zollikofen sollte sich für die rasche Einführung des überfälligen Pilotversuches Verkehrsmanagement Nord einsetzen. Dadurch könnten die täglichen Staus auf der Bernstrasse im Ortsbereich und Verspätungen des öffentlichen Busverkehrs vermieden werden.

Wir unterstützen die konsequente Weiterführung des Tempo-30-Regimes in den Wohnquartieren und die Befreiung der Quartierstrassen vom Schleichverkehr durch zum Beispiel Zubringerdienst/Velos und gezielte Polizeikontrollen. Wir unterstützen die überfällige Einführung einer Parkplatzbewirtschaftung, wie sie in umliegenden Gemeinden längst praktiziert wird.

Wie beurteilen wir die Entwicklungsvorstellungen im Bereich Öffentlicher Verkehr? Wir teilen die Einschätzung, dass Zollikofen sehr gut mit Öffentlichem Verkehr erschlossen ist und kaum mehr grosse Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Wir unterstützen jedoch die For-

derung nach besseren Verbindungen nach Burgdorf und nach der Einführung von Abend- und Sonntagskursen auf der Buslinie 33.

Entwicklungsvorstellungen im Bereich Fuss- und Veloverkehr: Die Schwachstellen-Analyse ist unseres Erachtens zutreffend. Besonders dringlich erscheinen uns Verbesserungen auf der Kirchlindachstrasse und Länggasse sowie auf der Bernstrasse Richtung Bern. Falls das Verkehrsmanagement Bern-Nord nicht zu einer Verbesserung führt, ist eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 40 in Betracht zu ziehen.

7. Energie/Massnahmenansätze: Die aufgeführten Zielsetzungen sind unseres Erachtens richtig, sie bedingen jedoch konsequente Massnahmen. Neben Beratung und Vermittlung von Fördergeldern schlagen wir vor, die Idee der 2000-Watt-Areale nicht erst für allfällige Einzonungen aufzugreifen, sondern auch für Neu- und Umbauten innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes zu prüfen.

Die Nutzung der Sonnenenergie sowie die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verdient einen höheren Stellenwert d.h. die Nutzung der vorhandenen Dachflächen für Solarwärme und Solarstrom sollte von der Gemeinde vermehrt propagiert und gefördert werden.

8. Weitere Bemerkungen: Wir sind überzeugt, dass im Hinblick auf die Umsetzung des REK die Gemeinde selber eine vorausschauende, aktive und vermittelnde Rolle übernehmen sollte (weitreichender als bis anhin). Wir sind uns bewusst, dass dies zusätzliche Ressourcen bedingt.

Im Interesse der angestrebten inneren Verdichtung regen wir an, die geltenden Ausnutzungsziffern zu überprüfen und allenfalls durch Vorgaben abzulösen, die eine bessere Ausnutzung des Siedlungsgebietes ermöglichen und zugleich die Wohnqualität sichern helfen. Es ist insbesondere die Abschaffung der Zone E2.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich nehme das Wichtigste vorab: Wir stehen klar hinter den moderaten Wachstumszielen und den darauf basierenden Entwicklungsabsichten.

Für uns hat das REK einen hohen Stellenwert: Es dient ja den Gemeindebehörden in den nächsten Dekaden als zukunftsweisendes Strategiepapier betreffend der räumlichen Entwicklung Zollikofens und ist behördenverbindlich. Es gibt eine klare Richtung vor. Trotzdem ist es auch eine Vision – ob die Entwicklung so eintritt, ist von vielen Faktoren abhängig.

Für unsere Partei muss nicht nur die Richtung stimmen, sondern auch die finanziellen und regulatorischen Auswirkungen auf die Gemeinde und damit auch auf die Bewohner. Es darf nicht sein, dass die Regelungsdichte für den einzelnen Einwohner (aber auch für Gewerbe und Industrie) durch das REK erhöht wird.

Wir setzen auf die Vernunft und Innovationskraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch auf diejenige von Gewerbe und Industrie. Die Vergangenheit hat das immer wieder gezeigt.

Wir legen heute ein klares Bekenntnis zu den moderaten Wachstumszielen des vorgeschlagenen REK ab. Wir erachten das Aufstellen eines Wachstumszieles für Zollikofen als absolut notwendig. Wir müssen uns ausrichten können. Am ersten Workshop haben sich die Anwesenden auf dieses moderate Ziel geeinigt.

Zollikofen ist im Kanton Bern einer derjenigen Orte, bei dem auf Grund der hervorragenden Erschliessung Entwicklung explizit erwünscht ist. Zollikofen schöpft den Spielraum der kantonalen Wunschvorstellungen bewusst nicht voll aus, sondern strebt eine moderatere Entwicklung an.

Wir stehen voll hinter diesen Wachstumszielen und unterstützen die kulturlandschonenden vorgesehenen potentiellen Siedlungserweiterungen. Buschi und die Steinibachgrube sind

nicht im Inventar der Fruchtfolgeflächen und wenn unser altes Anliegen, bei den bestehenden Bauten die Ausnützung zu verbessern, zum Tragen käme, könnten wir den Druck auf weitergehende potentielle Siedlungserweiterungen mildern. Wir nehmen zufrieden zur Kenntnis, dass die Abschaffung der Ausnutzungsziffer langsam salonfähig wird.

Aus unserer Sicht müsste den Entwicklungsmöglichkeiten für das Gewerbe mehr Beachtung geschenkt und Raum gegeben werden. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass das momentan sehr gute Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeitsplätzen aus dem Gleichgewicht gerät.

Es gibt für uns auch einige zu korrigierende Ansätze im REK: Wir orten Wunschbedarf im Verkehrsbereich der vor Allem. aus finanzpolitischen Überlegungen zu bändigen ist: Die neue bahnquerende Verbindung bei der Einmündung der Kirchlindachstrasse (Passerelle) ist aus dem Ortsplanungsvokabular schnellstens zu streichen. Klammerbemerkung: Diesen Durchgang müsste die Gemeinde vollständig selber berappen.

Wir setzen uns auch zur Wehr, dass der Zubringer zum Sportzentrum erneut auf den politischen Fahrplan gehoben wird. Verschiedene politische Vorstösse zum selben Anliegen sind in der Vergangenheit hier abgelehnt worden. Somit erachten wir die Diskussion um erneute Massnahmen als obsolet.

Wir sind auch überzeugt, dass mit bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten dem Parkplatzdruck zu widerstehen ist. Wir begrüssen zwar den punktuellen Ansatz der Regelungen der öffentlichen Parkplätze vor Allem in Gebieten mit erhöhtem Druck. Wie gesagt: Wir setzen dabei aber auf bestehende Möglichkeiten mit den geringstmöglichen Vorschriften. Analog der neuen Regelung am Eichenweg/Freizeithaus Meielen. Mit einer solchen Massnahme wäre mit wenig Mitteln zum Beispiel den Problemen am Zelgweg beizukommen.

Landwirtschaft und Landschaft: Wir begrüssen den neu vorgeschlagenen Schutz von wichtigen Grünflächen vor einer baulichen Entwicklung mit Siedlungsbegrenzungslinien. Wir machen im Bereich Landwirtschaft und Landschaft darauf aufmerksam, dass die neuen agrarpolitischen Massnahmen zwangsläufig zu einer Veränderung der Kulturlandschaft führen werden, zum Beispiel Landschaftsqualität und Vernetzung. Die REK-Massnahmen führen n im Zusammenhang mit diesem Kontext zu einer unkoordinierten Doppelzielsetzung, die sich nachteilig auf die landwirtschaftliche Bewirtschaftung auswirken wird. In diesem Bereich verlangen wir zwingend einen Abgleich mit den agrarpolitischen Massnahmen und deshalb auch den Verzicht von verschiedenen aufgezeigten Massnahmen. Es bringt nichts, einem nationalen Anreizprogramm eine lokale Zwangsjacke zu überziehen.

Wir wehren uns auch gegen neue Bewirtschaftungseinschränkungen, wie sie in anderen Gemeinden mit den sogenannten "Grünen Bändern" bereits zum Tragen kommen. Grundlage einer guten Planung wäre übrigens, dass solche Einschränkungen klar deklariert werden, was hier nicht der Fall ist.

Die offene Landschaft um Zollikofen war nur mit einer wirtschaftenden Landwirtschaft möglich – das wird auch in Zukunft so bleiben. Deshalb muss sich die Landwirtschaft laufend an die neuen Rahmenbedingungen anpassen können – Ballenberg in Ehren – nicht aber hier in Zollikofen. Die Landwirtschaftszone ist heute bereits eine intern stark geschützte Zone. Dieser Schutz ist nicht durch neue Massnahmen zu erhöhen. Oder anders gesagt: Ein Betrieb im "Grünen Gürtel" muss auch in Zukunft ein Treibhäuschen für den lokalen Absatz erstellen, ein Ökonomiegebäude erweitern und erstellen und eine Einstellhalle für die Geräte errichten können. Alles andere wäre der Gang zu einem Ballenberg. Meine Damen und Herren: Wir nehmen das REK als gelungenen Wurf in Bezug auf die Entwicklungsrichtung Zollikofens zur Kenntnis; in den Details sind aber Korrekturen notwendig.

Präsidentin: Gibt es Voten aus den Parteien CVP, EVP und FDU?

Thomas Ackermann, CVP: Die CVP hat den Mitwirkungsfragebogen zum REK im Rahmen der Ortsplanungsrevision bereits ausgefüllt, aber noch nicht eingereicht. Es ist ja nicht die Meinung, diesen ausgefüllten Fragebogen nun hier vorzulesen, und ich werde dies auch nicht tun. Ich beschränke mich also auf unseren Gesamteindruck sowie auf drei prioritäre Punkte in unserer Stellungnahme.

Unser Gesamteindruck: Das Konzept macht auf uns einen sehr guten Eindruck, die Stossrichtungen sind gut begründet und nachvollziehbar. Unserer Ansicht nach muss Zollikofen zwar nicht zwingend wachsen, aber wir meinen, dass Zollikofen einen Teil des Bevölkerungswachstums, das es geben wird, mittragen sollte, damit eine weitere Zersiedelung in den ländlichen Gebieten gebremst werden kann. Ein Bevölkerungswachstum von 6 bis 8 % erscheint uns tragbar, aber gleichzeitig auch als Maximum.

Nun zu den drei ausgewählten Punkten aus unserer Stellungnahme: zwei davon betreffen das Thema Verkehr. Ein Punkt betrifft das ortsbauliche Konzept. Aus Sicht der CVP wäre wünschbar, dass man nicht nur die Achse Bernstrasse als (kommerzielles) Zentrum fördert, sondern parallel dazu auch die Bereiche fördert, wo sich Leute versammeln können, also als gesellschaftlich-kulturelles Zentrum. Solche "Hotspots" sind Schulhäuser, die Gemeindeverwaltung, der reformierten Kirche und das Kirchgemeindehaus, sowie die katholische Kirche samt Pfarrsaal.

1. Punkt zum Verkehr: Es gibt natürlich verschiedene Strategien, die Ortsdurchfahrt unattraktiv zu machen oder den Durchgangsverkehr aktiv zu lenken bzw. umzuleiten. Wir vermissen im Konzept die vertiefte Betrachtung der Optionen, den Durchgangsverkehr unter Zollikofen, als Unterführung wie in Schönbühl oder Neuchâtel oder um Zollikofen herum, als Umfahrung zu führen. Auch wenn die Realisierungschancen klein sind, sollten diese Optionen im Konzept nicht ignoriert werden. 2. Punkt betreffend Verkehr: Grundsätzlich teilen wir die Meinung, dass unsere Gemeinde durch die ÖV gut erschlossen ist.

Es gibt allerdings Verbesserungspotenziale: So sind Quartiere Kläymatte, Im Kläyhof und Im Täli mittels ÖV nur umständlich und mit relativ langer Transferzeit mit dem Bahnhof Zollikofen verbunden. Das heisst, bei den Fahrten via Unterzollikofen oder via Hirzenfeld sind die Umsteigezeiten gleich lang oder länger als die eigentlichen Fahrzeiten. Weiter sind die Leute entlang der Kirchlindachstrasse, zukünftig also auch die Leute von der neuen Schäferei-Überbauung, sowie jene aus dem Wydacker "nur" mit einem Halbstundentakt zum Bahnhof Zollikofen verbunden. Verbesserungen zu diesen Punkten würden von den Betroffenen sicherlich sehr willkommen geheissen.

Also: Wir finden das Konzept gut, aber es kann dennoch punktuell verbessert werden.

Roland Stucki, EVP: Wir stimmen zu und beglückwünschen den Gemeinderat zu diesem Wurf. Ein Punkt im Konzept ist nicht ganz klar, nämlich Punkt 1.4. Dort sollte etwas über ein Dorfzentrum stehen. Das haben wir hier lange Jahre immer wieder besprochen. Ich spüre, dass das ein Thema ist. Es gibt meines Wissens einen Verein, der ein Dorfzentrum virtuell gegründet hat, Hans-Jürgen Hundius ist dabei. Beim Molkereiareal könnte man zum Beispiel zusammenkommen, ohne gleich in ein Restaurant zu müssen. Wenn so etwas in einem REK nicht Platz findet, ist das schade. Wir schauen 40 Jahre nach vorne und verlieren kein Wort über ein Dorfzentrum, wie zum Beispiel in Münsingen, im Areal Schlossgut. Wir haben uns im Workshop bereits dahingehend geäussert.

Der zweite Punkt: Die CVP und wir sind nicht zusammengesessen, aber es ist auch eines unserer Anliegen. Punkto Verkehr muss etwas Visionäres Platz haben. Wir müssten Machbarkeitsstudien machen lassen bezüglich teilweiser Untertunnelung der Bernstrasse. Auch wenn man dafür bei der Eidgenossenschaft anklopfen müsste. Diese 20'000 Fahrzeuge pro Tag kann man doch nicht einfach so hinnehmen. Dies unsere Anmerkungen zum REK, wir stimmen aber grundsätzlich zu.

Toni Oesch, FdU: Wir haben unsere Fragebogen alle versandt und mit den zwei Personen die in der Begleitgruppe Ortsplanung sind durchgearbeitet. An der Hauptversammlung wurde diskutiert und es kamen sehr gute Argumente. Ich verzichte darauf, dies hier vorzulesen. Es ist sowieso nur "zur Kenntnisnahme", man kann etwas "befruchtend" einwirken, aber es nützt nicht viel, wie wir festgestellt haben, weil wir meistens alleine sind. Wir haben im MZ über das Thema "Teilwachstum" geschrieben. Hier ist natürlich viel Wachstum inbegriffen, im Flyer von Buchstabe a bis i, sogar m. Deshalb verzichten wir darauf, etwas zu sagen, sie können es dann lesen.

Gemeinderat (Schlusswort): Keine Bemerkungen.

Präsidentin: **Somit stelle ich fest, dass das Geschäft gemäss Artikel 53 GOGGR zur Kenntnis genommen wurde.**

13 1.201.22 Sicherheitskommission

Sicherheitskommisison; Ersatzwahl

Präsidentin: Das Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Mit E-Mail vom 29. Januar 2015 gibt Gerhard Zangger, SP, seinen sofortigen Rücktritt als Mitglied der Sicherheitskommission bekannt. Die SP wurde ersucht, eine Ersatzkandidatin/-kandidaten vorzuschlagen. Bislang ist noch kein Vorschlag eingegangen. Gibt es nun einen Namen?

Markus Dietiker, SP: Die SP-Fraktion schlägt Esther Schwarz, Gymnasiallehrerin, Schulhausstrasse 10, für die Sicherheitskommission vor.

Präsidentin: Wird der Vorschlag vemehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahlergebnis:

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Esther Schwarz als neues Mitglied der Sicherheitskommission mit Amtsdauer per sofort bis 31. Januar 2017 als in stiller Wahl gewählt.

14 1.201.1 Kommission Bau und Umwelt

Kommission Bau und Umwelt, Ersatzwahl

Präsidentin: Das Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Mit E-Mail vom 29. Januar 2015 gibt Gerhard Zangger, SP, seinen sofortigen Rücktritt als Mitglied der Sicherheitskommission bekannt. Die SP wurde ersucht, eine Ersatzkandidatin/-kandidaten vorzuschlagen. Bislang ist noch kein Vorschlag eingegangen. Gibt es nun einen Namen?

Markus Dietiker, SP: Die SP-Fraktion schlägt Oliver Bärtschi, Koch, Reichenbachstrasse 44, für die Baukommission vor.

Präsidentin: Wird der Vorschlag vemehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahlergebnis:

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Oliver Bärtschi als neues Mitglied der Kommission Bau und Umwelt mit Amtsdauer per sofort bis 31. Januar 2017 als in stiller Wahl gewählt.

15 25.321. Verpflichtungskredite

Sanierung Parkstrasse; Abrechnung Verpflichtungskredit

Präsidentin: Das Eintreten ist vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Auf Seite 1 des Bericht und Antrags steht ganz unten in der Tabelle in der Spalte "Total gemäss Konto" ein Betrag von Fr. 246'379.00. Die Gesamtabrechnung hingegen weist eine Zahlung von Fr. 266'062.90 auf. Auf der Seite 2 bei den Baunebenkosten steht ein Betrag von Fr. 10'468.55, der damals über ein anderes Konto gebucht wurde, da konnten wir eine Differenz nachvollziehen. Die Frage ist: wie kommt dieser Betrag zustande?

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Peter Traber, Gemeinderat: Zur Frage GPK: Die Fr. 246'379.00 sind ein Mehrwertsteuerfreier Betrag aus der Finanzbuchhaltung. Es gilt zu berücksichtigen, dass dort eine Rechnung, die Mehrwertsteuerfrei ist, eingeschlossen ist.

Präsidentin: Nun sind die Fraktionen an der Reihe.

Samuel Tschumi, SVP: Die SVP-Fraktion ist sehr erfreut über dieses Ergebnis. Die Kreditunterschreitung ist für uns insofern erfreulich, dass wir auch hoffen, dass der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung dies weiterhin so praktizieren werden. Wir werden dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Karin Hadorn, BDP: Wir sind ebenfalls sehr erfreut über die Abrechnung und werden diese auch so zur Kenntnis nehmen. Was uns jedoch erstaunt, ist die Differenz von über 30 % des budgetierten Betrages. Klar: Wenn das Resultat negativ ausfällt, ist das grundsätzlich positiv, aber es kann auch auf die andere Seite pendeln. Was dann?

Ralph George, FDP: Die FDP ist angenehm überrascht und hofft, dass die künftigen Vorlagen ebensolche Resultate aufweisen werden (*allgemeine Erheiterung*).

Präsidentin: Gibt es Voten der Ratsmitglieder?

Denise Mellert, CVP: Auch wir nehmen gerne von der Kreditunterschreitung von über Fr. 140'000.00 erfreut Kenntnis und danken allen Beteiligten für die gute Arbeit. Für uns war auch sehr gut erörtert, weshalb es so viel weniger gekostet hat.

Gemeinderat (Schlusswort): Keine Bemerkung.

Präsidentin: **Somit stelle ich fest, dass**

1. Die Abrechnung zu Lasten der Investitionsrechnung Wasserversorgung Zollikofen, Konto 700.501.75 im Betrag von Fr. 266'062.90 (inkl. MWST), mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 139'937.10 (inkl. MWST) zur Kenntnis genommen wurde.

2. Die Abrechnung zu Lasten der Investitionsrechnung Zollikofen, Konto 620.501.88 im Betrag von Fr. 134'789.20 (inkl. MWST), mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 39'210.70 (inkl. MWST) zur Kenntnis genommen wurde.

16 25.321. Verpflichtungskredite

Ersatz Informatikausrüstung für die Primarstufe; Verpflichtungskredit

Präsidentin: Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Das Wort hat der Gemeinderat.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Mit fünf Jahren haben Computer an Schulen ihre Lebensdauer erreicht oder eben bereits überschritten; dies zeigen die sich häufenden nötigen Reparaturen oder der Ersatz von Geräten. Bei der letzten Beschaffung hat man deshalb den Fünfjahresrhythmus festgelegt und den Kredit bereits wieder im Investitionsplan eingestellt. An der Sekundarstufe wurden die Geräte im letzten Jahr ersetzt. Mit dem vorliegende Geschäft für die neue Informatikausrüstung soll auch der Primarstufe wieder eine zeitgemässe und anforderungsgerechte Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Ohne Computer ist heute in der Schule manches gar nicht mehr zu bewerkstelligen; computergestützter Unterricht nennt sich das so schön. Lehrmittel gerade in den Fremdsprachen setzen eine multimediale Nutzung voraus. Weil so viele Schüler mit diesen Geräten arbeiten müssen, braucht es gegenüber heute nun die doppelte Anzahl Notebooks pro Schulhaus und das ist sicher nicht übertrieben. Es geht bei der Beschaffung um Hardware, also die Geräte. Die Lernprogramme sind grösstenteils vorhanden und wären auch nicht Bestandteil des vorliegenden Kredits.

Die Primarstufe wird weiterhin mit dem Betriebssystem Microsoft Windows, wahrscheinlich 7 oder 8, arbeiten. Warum aber nicht mit Apple wie die Sekundarstufe? Für die Primarstufe bietet Microsoft wesentlich mehr und sehr viel geeignetere Lernprogramme als Apple.

Eine kleine Verwirrung bezüglich der Anzahl der Laptops, die ich hier gerne klären möchte. In Bericht und Antrag, bei Punkt 4 ist ein Total von 155 Laptops aufgeführt, davon 152 ohne und 15 mit Laufwerk. Das kann so nicht stimmen. Es sind 140 ohne Laufwerk und 15 mit. Der Kredit, den wir heute gerne von euch gesprochen bekämen, ist zwar nicht nichts, aber er ist sehr reell. Vor fünf Jahren hat der damalige GGR für die heutige Informatikausrüstung einem Kredit von Fr. 251'500.00 zugestimmt. Die Offerte der Letec in Ihren Unterlagen ist selbstverständlich nur eine Richtofferte, Letec betreut unsere Informatikausrüstung und weiss, was die Schule braucht und weiss auch, wie es finanziell aussieht. Das bedeutet, dass wir nach der Kreditgenehmigung ein Einladungsverfahren anwenden. Mindestens drei Anbieter müssen eingeladen werden, wir werden fünf Firmen um das Einreichen einer Offerte bitten. Wir bitten Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Präsidentin: Nun ist das Wort offen für die Fraktionen.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Sabine Huber hat bereits eine Frage beantwortet, die ich als Informatiker gestellt hätte, nämlich, welche Laptops das sind. Die BDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Betrag für das Geschäft nicht überteuert ist. In der Grossbank, in welcher ich arbeite, gibt es einen sogenannten "Life Cycle"; die Lebensdauer eines Grossrechners, der mehrere Millionen Franken kostet, ist allerhöchstens fünf Jahre, oft sogar nur drei Jahre. Deshalb muss auch bei den Schülern spätestens nach fünf Jahren erneuert werden, sonst sind deren Handys bald schneller als die Laptops. Wir werden dem Geschäft zustimmen.

Michael Fust, SP: Gute Bildung ist ein wichtiger Grundstein für das spätere Leben. Die SP möchte, dass alle Kinder in Zollikofen mit den bestmöglichen Voraussetzungen ihre Schulkarriere starten können, das bedingt auch das nötige Rüstzeug. Die Schulen benötigen

Mittel und Technologien, die auf dem Stand der Zeit sind. Ohne Computer geht heute nichts mehr, da stimmen alle zu. Die Entwicklungssprünge und deren Abfolge sind enorm. Die SP-Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat die Informatikausrüstung der Primarschulstufe im Rhythmus von fünf Jahren erneuern will. Wir hoffen, dass beim Vergabeverfahren darauf geachtet wird, dass man punkto Rechenleistung, Serverkapazität und Leitungskapazität auf der sicheren Seite ist und dies alles nicht zu knapp bemessen wird. So dass die Geräte während der gesamten Lebensdauer von fünf Jahren ihren Dienst tun können. Die SP stimmt dem Antrag zu.

Dubravka Lastric, GFL: Die GFL-Fraktion stimmt dem Geschäft ebenfalls zu. Wir hatten im Vorfeld fünf Fragen, die alle beantwortet wurden. Das Einzige, was ich als Lehrerin betonen möchte: Ich hoffe, dass ob der ganzen Technologie und der Selbstverständlichkeit, diese regelmässig zu erneuern, die Kommunikation, welche gerade bei den Sprachen so wichtig ist, nicht zu kurz kommt.

Markus Bacher, FDP: Es ist selbstredend, dass die FDP zu diesem Geschäft etwas zu sagen hat. Sind wir doch im Präsidium des Schweizerischen ICT-Verbandes. Eines unserer Kerngeschäfte ist die Förderung von ICT-Jobs. Was hat das damit zu tun? Es fängt eben in der Schule an, dass die Schüler von Anbeginn an den richtigen Zugang zur Informatik finden und dort auch lernen, damit umzugehen. So dass sie sich später vielleicht erwärmen können, in diesen Beruf einzusteigen. Es fehlen jedes Jahr mehrere Tausend Fachspezialisten in der Informatik. Das hat uns auch dazu bewogen, das geballte Informatik-Knowhow der FDP zusammenzutragen: Bei Kapitel vier sind wir etwas erschrocken, sind aber froh, dass es eine Richtofferte ist. Wir konnten auch bereits entscheidende Hinweise geben, wie man Microsoft-Lizenzen attraktiver beschaffen kann. Wir haben dazu unsere Kontakte in die Geschäftsleitung von Microsoft genutzt. Wir werden uns weiterhin zur Verfügung stellen, das Geschäft zu begleiten, falls die erwünscht wäre und in diesem Sinne stimmen wir dem Geschäft zu.

Markus Burren, SVP: Wir unterstützen das Geschäft. Es wurde alles gesagt. Kinder sind unsere Zukunft und werden uns einst etwas beibringen können, meine Söhne bringen mir bereits jetzt etwas bei und das lernen sie besonders in der Schule.

Thomas Ackermann, CVP: Informatikgeschäfte sind für Nicht-Informatikspezialisten stets schwierig zu beurteilen. Es kommt nicht von ungefähr, dass Geschäftsleitungen in den Firmen bezüglich Informatikgeschäfte Entscheide treffen, die sich im Nachhinein als falsch erweisen. Wir haben deshalb bei der Verwaltung nachgefragt und von Frau Burkhalter kompetente und auch hilfreiche Antworten erhalten. Aufgrund dieser Antworten und den Informationen im Bericht und Antrag sehen wir keinen Grund, dem GR-Antrag nicht zu folgen.

Roland Stucki, EVP: Wer will schon gegen dieses Geschäft sein? Niemand, auch wir nicht. Aber es gibt ein paar Fragen und ohne die zusätzlichen Informationen von Sabine Huber und Gemeindepräsident Daniel Bichsel hätten wir nicht zustimmen können. Das Papier ist zu wenig informativ gewesen. Es steht lediglich, dass eine Offerte der Firma Letec, aber es heisst nirgendwo, dass noch Konkurrenzofferten eingeholt werden. Das muss meines Erachtens hinein. Der Preis für diese Laptops ohne irgendeine Spezifizierung beträgt ca. Fr. 820.00 pro Stück. Wenn wir von Lenovo die aktuellsten Laptops mit Laufwerk für Fr. 529.00 bekommen, sind wir Fr. 300.00 günstiger, dies anhand einer Internet-Recherche. Die Dienstleistungen sind mit Fr. 66'000.00 an der oberen Grenze und wir hoffen, dass der Gesamtbetrag unter Fr. 200'000.00 zu liegen kommt, das sollte zu machen sein, wenn seriös gearbeitet wird. Es war zu wenig klar, wie vorgegangen werden soll, wie das Beschaffungsreglement hier eingesetzt wird, dies sollte künftig berücksichtigt werden.

Präsidentin: Gibt es noch weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Gemeinderat (Schlusswort): Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wer den Verpflichtungskredit für den Ersatz Informatikausrüstung Primarstufe von Fr. 242'000.00 annehmen will, soll die Hand erheben.

Wer dagegen ist, soll dies ebenfalls mit Handerheben zeigen.

Abstimmung

Der Verpflichtungskredit für den Ersatz der Informatikausrüstung der Primarstufe von Fr. 242'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 210.506.06) grossmehrheitlich angenommen.

17 1.92.2 Postulate

Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Gewährleistung der Schulwegsicherheit"; Erheblicherklärung

Präsidentin: Es geht um die Erheblicherklärung. Das Wort hat der Postulant.

Marc Niklaus, SP: Die Fraktionen haben sich zu Postulat und Erheblichkeitserklärung sehr positiv geäussert, deshalb hier nur einen Bruchteil meines längeren Plädoyers. Was wichtig ist im Leben eines Schulkindes, ist der Schulweg. Er gehört zum Schulalltag, ist gesellschaftlich wichtig, kann aber auch gefährlich sein. Der TCS hat im Internet aufgeschaltet, dass pro Schultag mehr als ein halbes Dutzend Unfälle passieren, manche tödlich. Deshalb ist es wichtig, der Schulwegsicherheit ein grosses Gewicht einzuräumen.

Der vorliegende Bericht wurde sehr sorgfältig erarbeitet, ist breit abgestützt und zeigt auch sehr detailliert die wichtigen und dringenden Massnahmen auf. Ein wenig Zweifel habe ich im Bereich "der Elterntaxis". Alle gemäss dem Bericht geplanten Verkehrsmassnahmen sind nachvollziehbar, hingegen bei der Geschichte, dass die Kinder mit dem Auto vor die Schule gefahren werden, braucht es mehr Kreativität. Es reicht nicht, die Eltern zu Beginn des Schuljahres zu bitten, die Kinder nicht bis vor das Schulhaus zu fahren. Dort bin ich gespannt, wie man diesem Thema begegnen kann. Ich freue mich, dass Sie mit Ihren Fraktionsmeldungen im Vorfeld so positiv reagiert haben. Ich möchte Sie einladen, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen des Gemeinderates?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder

Toni Oesch, FdU: Zum technischen Bericht: Für die Steinibachmatte sind die Gefahren richtig erkannt worden, es sind deren sieben. Deshalb werden so viele Kinder dorthin chauffiert.

Für die Schulhäuser Zentral und Wahlacker: Nicht aufgenommen ist die äusserst gefährliche Einmündung des Heckenwegs in die Schäferestrasse, die dort eine unübersichtliche Krümmung aufweist. Es sollten vor- und nachher zwei Bremsschikanen eingebaut werden, die gleichen wie in der Allmendstrasse.

Um zur Schule zu gehen, schicken die Eltern ihre Kinder nach hinten in den Heckenweg, um durch den Durchgang bei der sogenannten Barackensiedlung zur Stockhornstrasse und dann zur Schäferestrasse zu gelangen.

Im oberen Teil, zwischen Einmündungen Waldheimweg und Flurweg wird die Schäfereistrasse enger, so dass das Kreuzen von breiten Autos dazu führt, dass eines aufs Trottoir ausweichen muss. Auf diesem Trottoir üben sehbehinderte Kinder das Trottoirgehen. Bei der Einmündung Flurweg in die Schäfereistrasse ist der Fussgängerstreifen fälschlicherweise entfernt worden, für Kinder eine erhebliche Gefahrenquelle.

Beim Kreisel Kreuz wird ein grosses Sicherheitsdefizit anerkannt. Das besteht nicht nur für Kinder. Schon verschiedentlich habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass Autofahrer vom Bahnhof kommend viel zu schnell in den Kreisel fahren. Auch hier sollten Schikanen eingebaut werden.

Erstaunlich ist, dass beim Fussgängerstreifen zwischen Kindergärten und Wahlackerschulhaus kein Sicherheitsdefizit besteht. Gefährlich ist's wegen der vielen Elterntaxis, die dort die Kinder ein- und aussteigen lassen. Besser wäre es, ein Halteverbot einzurichten und das Umsteigen auf dem Parkplatz der Turnhalle zu gestatten. Auch wird kein Sicherheitsdefizit auf der Schulhausstrasse zwischen der Sek und dem Zentralschulhaus in der 30-er Zone festgestellt, obschon hier brenzlige Situationen entstehen.

Die Unterführungen unter der Bernstrasse und Aarestrasse sind nicht erwähnt. Es wäre aufschlussreich, wie die Sicherheit bei deren Benützung beurteilt wird.

Denise Mellert, CVP: Mit Genugtuung haben wir feststellen können, dass vieles, was vom Postulanten gefordert wird, durch die Gemeinde umgesetzt wird. Die CVP dankt im Namen der Schulkinder. Wir zwei von der CVP stimmen der Erheblicherklärung zu. Wir fragen uns jedoch, wieso das Postulat unter dieser Voraussetzung für die Umsetzungen nicht nur erheblich sondern nicht ebenfalls gleichzeitig abgeschrieben werden kann? Wir verzichten jedoch auf einen Antrag.

Markus Burren, SVP: Wir haben das Postulat studiert und möchten es erheblich erklären. Wir sind vertieft auf den technischen Bericht eingegangen, dort sieht man, dass Massnahmen umgesetzt werden könnten, aber es hat auch solche, die nicht zum Ziel führen, die ganz klar unmöglich umzusetzen sind. Wir werden das Postulat unterstützen.

Toni Oesch, FdU: Ich möchte wissen, wie die Unterführung Bernstrasse - Aarestrasse beurteilt wird. Das könnte man eventuell in das Postulat mit einbauen.

Präsidentin: Wir stimmen ab. Wer das Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Gewährleistung der Schulwegsicherheit" erheblich erklären will, erhebe die Hand.

Das Postulat Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Gewährleistung der Schulwegsicherheit" wird erheblich erklärt.

18 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Roland Stucki betreffend "Quellfassung & Errichtung Brunnen für die Öffentlichkeit zwischen Restaurant Reichenbach und Pfadiheim"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor. Möchte der Gemeinderat diese ergänzen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden?

Roland Stucki, EVP: Keine Rückmeldung.

Präsidentin: **Somit ist das Geschäft erledigt.**

19 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Marcel Remund betreffend "Gesundheitszustand der Pensionskasse der Gemeinde Zollikofen (PKZ)"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor. Möchte der Gemeinderat diese ergänzen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden?

Marcel Remund, FDP: Ich danke allen Beteiligten bestens für die Beantwortung der Interpellation. Der Anstoss zum Einreichen der Interpellation war die massive Unterdeckung einer gemeinsamen Pensionskasse von drei Berner Agglomerationsgemeinden. Diese drei Gemeinden müssen nun mit grossen Belastungen zulasten Ihrer Gemeindekassen rechnen, damit die Pensionskasse ausfinanziert werden kann. Anhand des Jahresberichts 2013 der Pensionskasse Zollikofen ist ersichtlich, dass diese Kasse solide aufgestellt ist. Trotzdem wollten wir vom Gemeinderat wissen, wie seine Einschätzung zum aktuellen Zustand der Pensionskasse ist. Dies sollte die Möglichkeit einer Entwarnung geben und die Gewissheit, dass auf Zollikofen keine unvorhergesehenen finanziellen Belastungen zukommen.

In der Antwort kann der Stiftungsrat der PKZ bestätigen, dass kein Sanierungsbedarf ansteht. Dieses Erkenntnis ist grundsätzlich erfreulich und bestätigt, was aus dem Jahresbericht 2013 herausgelesen werden kann. Durch die regelmässige Überprüfung von technischen Grundlagen durch einen Vorsorgeexperten werden die Risiken laufend minimiert. Dank der aktiven Begleitung durch den Stiftungsrat, in dem die Gemeinde als Arbeitgebervertreter drei von sechs Stiftungsräten stellt, kann von einer umsichtigen und vorausschauenden Führung der Kasse ausgegangen werden.

Alles in allem bekommt man ein gutes Gefühl, was den Zustand der PKZ anbelangt. Ich hätte jedoch in der Antwort eine Würdigung durch den Gemeinderat erwartet. Die Fragen in der Interpellation waren an den Gemeinderat gestellt. Der Stiftungsrat und nicht der Gemeinderat bestätigt jedoch, dass kein Sanierungsbedarf besteht. Kann man davon ausgehen, dass auch der Gemeinderat dies bestätigen kann? Die Kasse ist zwar autonom. Aber falls die Kasse wirklich mal saniert werden müsste, was wir alle nicht hoffen, würden die finanziellen Risiken doch zu einem Grossteil auf die Gemeinde zurückfallen. Ein klärendes Wort des Gemeinderates, dass er die Einschätzung des Stiftungsrates betreffend Zustand der Pensionskasse teilt, wäre daher begrüssenswert.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat bestätigt, gestützt auf die Antwort des Stiftungsrates der Pensionskasse, weil er gar nicht anders kann, als sich auf die Antwort des Stiftungsrates zu stützen, dass dessen Antwort auch der gemeinderätlichen Ansicht entspricht.

Präsidentin: **Somit ist das Geschäft erledigt.**

20 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Vorstösse

Präsidentin: Es sind keine Eingänge zu verzeichnen.

Präsidentin: Somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt Die nächste Sitzung findet am 20. Mai 2015 statt, sie wird eher länger dauern. Ich gehe davon aus, dass ich nächsten Mittwoch mehrere Leute am Osterbott antreffen werde. Ihnen allen einen erholsamen Abend.